Tessa Hofmann

# Zwei Jahre nach der Ermordung Hrant Dinks:

**Eine menschen- und minderheitenrechtliche Bilanz (II)**

**Berlin, den 17. Januar 2009**

Liebe Freunde,

fast auf den Tag genau sind zwei Jahre seit der Ermordung Hrant Dinks vergangen. Wir haben uns wie schon im Jahr 2008 versammelt, um seiner nicht nur zu gedenken, sondern auch, um Bilanz zu ziehen. Wir fragen: Was ist inzwischen geschehen? Gelang der Justiz und der Gesellschaft von Hrant Dinks Heimatland eine Aufarbeitung dieses Verbrechens? Und wie stellt sich derzeit die allgemeine Lage der Menschenrechte und Minderheiten in der Türkei dar?

Bevor wir uns diesen Fragen zuwenden, gestatten Sie mir bitte einige Worte zur Würdigung Hrant Dinks. Hrant Dink war erst 53 Jahre alt, bevor er von einem jugendlichen Auftragsmörder vor der Redaktion der von Dink gegründeten Zeitung „Akos" hinterrücks erschossen wurde. Trotz der relativ kurzen Spanne seines Lebens ist es ihm gelungen, im In- und Ausland einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Eine Auswahl seiner Artikel ist inzwischen in Buchform auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Von der Saat der Worte" erschienen.

Mit seinem Tod verlor Hrant Dink die Deutungshoheit über sein Leben und sein Werk. Bemerkenswert schnell ergriffen andere Menschen inner- und außerhalb der Türkei in seinem Namen das Wort, erklärten sich posthum zu seinen Freunden, reden über ihn nicht mehr als Hrant Dink, sondern plump vertraulich über Hrant und in der Du-Form. Hrant Dink wurde umgehend zur Integrationsfigur, ja Ikone des armenisch-türkischen Dialogs erhoben, zu dem auch der armenisch-apostolische Patriarch Mesrop II. noch bei den Trauerfeierlichkeiten aufgerufen hatte. Der deutsche Europa-Parlamentarier und jetzige Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir erklärte nach Dinks Ermordung: *„Hrant Dink war einer der großen Intellektuellen der Türkei, ein überzeugter Demokrat, der sich für die Rechte von Minderheiten ebenso einsetzte wie für eine andere Erinnnerungskultur seines Heimatlandes."* Staunend fragen wir uns, ob eigentlich in der Türkei bereits eine Erinnerungskultur existierte, zu der Hrant Dink Alternativen hätte entwickeln können?

Auch Regierungschef Erdogan und seine AKP-Regierung versuchten umgehend, sich im blutigen Glanz des Märtyrertums zu sonnen, ohne politische Verantwortung für das international Aufsehen erregende Verbrechen zu übernehmen. Gerd Höhler legte in der „Frankfurter Rundschau" diese Scheinheiligkeit in einem kritischen Kommentar offen: *„Massenproteste kann Erdogan im Wahljahr 2007 nicht brauchen. Mit markigen Worten verurteilte er deshalb den Mord: Die Schüsse auf Dink ‚galten uns allen'. Den toten Hrant Dink überhäuft die Regierung mit Solidaritätsbekundungen. Aber warum schwieg sie zu Hasskampagnen und Gerichtsverfahren gegen Dink, als dieser noch lebte? Auch in den Medien werden Krokodilstränen vergossen. Manche Blätter, die den Mord an*

*Dink jetzt als ‚Verrat an der Türkei' geißeln, brandmarkten den Unbequemen zu dessen Lebzeiten als Verräter."*[1]

Obwohl sich Hrant Dink in seiner letzten Kolumne als einsame, verängstigte Taube beschrieben hatte, wurde er posthum zu einem vollwertigen, ja vorbildlichen Mitglied der türkischen Gesellschaft stilisiert. Hieß es auf seiner Beerdigung noch ganz vereinnahmend „Wir alle sind Hrant Dink, wir alle sind Armenier", so betonten viele Angehörige aus der Zivilgesellschaft der Türkei und ihrer Diaspora bald die echten oder angeblichen Differenzen zwischen Hrant Dink und der armenischen Diaspora. Dinks Ablehnung von Anerkennungsbeschlüssen ausländischer Parlamente, seine Kritik am Beschluss der französischen Nationalversammlung, die Leugnung des Genozids an den Armeniern unter Strafe zu stellen, und vor allem sein angeblicher Verzicht auf die Qualifizierung der Ereignisse von 1915 als Völkermord ermöglichten Dinks posthume Inklusion in die türkische Gesellschaft und ihre intellektuelle Eliten. Der tote Hrant Dink war annehmbar für türkischen Eliten, weil er keine Forderungen mehr an sie stellen konnte. In seinem Gefolge mutierten auch die Türkeiarmenier kollektiv zu einer Untergruppe besserer, weil verständnisvollerer Armenier, die man gegen die Diaspora ausspielte. Die selbstkritische Überlegung, dass vielleicht die türkeiarmenische Gemeinschaft für die Mehrheitsgesellschaft in der Türkei deshalb angenehmer ist, weil ihr der Mund gleich doppelt verschlossen wurde – durch faschistoide Gesinnungsparagraphen wie Artikel 301 und durch den traditionell inferioren gesellschaftlichen Status der Armenier – diese Überlegung hat meines Wissens in der türkischen Mehrheitsgesellschaft nicht stattgefunden. Die türkische Mehrheitsgesellschaft nimmt die Türkeiarmenier als die besseren Armenier wahr, weil sie keine unbequemen Forderungen stellen. Im Vergleich dazu wird die armenische Diaspora als unversöhnlich empfunden. Am Ende dieser gedanklichen Aufspaltung des armenischen Volkes in Angenehme und Unangenehme stand die Ausgrenzung jener als Nationalisten, die auf der Anerkennung und Verurteilung des Genozids von 1915 beharren.

Liebe Freunde, was ich hier geschildert habe, ist bloß die Ebene der Wahrnehmung. Ganz unabhängig davon verliefen und verlauft die faktische gerichtliche Aufarbeitung des an Hrant Dink begangenen Verbrechens.

Ogün Samast aus Trabzon, der zur Tatzeit angeblich erst 17 Jahre alt war und daher nach dem türkischen Jugendstrafrecht behandelt wird, hat seine Tat inzwischen bereut und erklärt, er habe nicht gewusst, dass Hrant Dink Familie besitze. In dem am 2. Juli 2007 gegen Samast eröffneten Verfahren ging es also von Anfang an um die inzwischen 19 mitangeklagten erwachsenen Hintermänner und Mittäter. Und von Anfang an kritisierte Fethiye Çetin, die Anwältin der Familie Dink, den schleppenden Fortgang des Verfahrens, gravierende Verfahrensfehler sowie dass Zurückhalten und Verschwinden von Beweismitteln.

Erwähnen muss man wohl auch die Beleidigungen und Bedrohungen, denen in diesem und anderen Verfahren vor allem Anwälte ausgesetzt sind. Am Eröffnungstag des Verfahrens gegen den Dink-Mörder beleidigte allerdings der Strafverteidiger Ogün Samasts auch die Staatsanwälte als „armenische Bastarde". In anderthalb Jahren wurden seither keine großen Fortschritte erzielt. Den inzwischen berenteten Gendarmeriebefehlshaber aus Trabzon, Colonel Ali Öz, erwarten nur zwei Jahre Haft dafür, dass er sechs Monate vor Hrant Dinks Ermordung von den Mordplänen erfahren

[1] Gerd Höhler: Eine Stimme der Toleranz ist verstummt. „*Frankfurter Rundschau*", 21. Januar 2007

hatte und nichts zur Verhinderung der Tat unternahm.[2] Diejenigen Polizisten, die nach der Festnahme von Samast mit diesem stolz vor der Landesfahne poussierten und sich fotografieren ließen, gingen straffrei aus. In einem im September vorigen Jahres geführten Interview erwähnte Anwältin Çetin, dass sie deshalb den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angerufen habe. Das Dickicht, mit dem die türkische Bürokratie Mitwisser und Mittäter schützt, scheint ihr anders nicht mehr durchdringbar. [3]

Die ganze Absurdität und der tiefe Zynismus, die den juristischen Umgang mit Andersdenkenden und Minderheitenangehörigen in der Türkei noch immer prägen, zeigte sich in der Fortsetzung des Strafverfahrens gegen das Mordopfer Hrant Dink, seinen Sohn Arat sowie Dinks Geschäftspartner Sargis Serobjan. Die posthume Strafverfolgung Dinks bezog sich auf dessen Interview mit der Presseagentur Reuters, in dem er den Genozid an den Armeniern erwähnt hatte. In der ersten Anhörung am 14. Juli 2007 wurde die Anklage wegen Herabwürdigung des Türkentums nach §301 zunächst fallengelassen, bei der zweiten Anhörung am 18. Juli 2007 jedoch wieder aufgenommen. Allerdings wurde der Mitangeklagte Arat Dink bei dieser Gelegenheit selbst zum Ankläger, der den Richtern vorhielt, zum Tod seines Vaters beizutragen, indem sie auch den Sohn des Ermordeten vor Gericht zerrten. Arat Dink sagte damals wörtlich: "Ich finde es primitiv, absurd und gefährlich zu glauben, dass die türkische Identität durch die Anerkennung eines geschichtlichen Ereignisses wie ein Genozid beleidigt werden kann.“ [4]

Am 11. Oktober 2007 erhielt Arat Dink dennoch ein Bewährungshaftstrafe von einem Jahr, weil er die Äußerungen seines Vaters veröffentlicht hatte und damit, wie vor ihm sein Vater, das Türkentum beleidigte.[5] Einen Monat später flüchtete Arat Dink mit seiner Familie nach Belgien. Am 21. April 2008 zeichnete ihn die britische Zeitung “Guardian” mit dem angesehenen *Award of the Index on Censorship* aus.

Die Beleidigungen und Unterstellungen in der Türkei gegen Angehörige der Familie Dink waren damit nicht beendet. Gegenwärtig beschäftigt die türkische Öffentlichkeit das 30jährige Jahresgedenken an das Massaker von Aleviten in Maraş im Jahr 1978. Der nationalistische Parlamentsabgeordnete Ökkeş Şendiller, einer der für diese Tat Verdächtigten, konnte am 24. Dezember 2008 im Staatsfernsehen den Verdacht äußern, dass es die “von Dink und seinen Freunden gegründeten linken Organisationen gewesen sind, die das Massaker anrichten.“[6] Denn unter den Toten habe es ja sechs bis sieben Unbeschnittene gegeben.

---

[2] Ceyhan, Bülent: Two years imprisonment sought for colonel in Dink case. “Today’s Zaman”, 30 December 2008. - http://www.zimbio.com/pilot?ID=EhGldO8XQ6i&ZURL=%2FOgun%2BSamast%2Fnews&URL=http%3A%2F%2Fwww.bianet.org%2Fenglish%2Fkategori%2Fenglish%2F111210%2Fprosecutor-investigates-colonel-oz-and-five-gendarme-officials-for-dinks-murder%3Ffrom%3Drss

[3] Dem Dickicht auf der Spur: RA Fethiye Cetin im ADK-Gespräch. „Armenisch-deutsche Korrespondenz“, Nr. 142, Jg. 2008, Heft 4, S. 21-22

[4] Bilgen-Reinart, Üstün: Hrant Dink: forging an Armenian identity in Turkey, opendemocracy.net, 7. Februar 2006

[5] Türker, Yıldırım: Hrant'ın hikâyesi. “*Radikal*“, 24. Juli 2006

[6] Apology Demanded From The State Television For Pinning Maraş Massacre On Dink. “Bianet News”, Ankara, 30.12.2008. - http://www.zimbio.com/pilot?ID=EhGldO8XQ6i&ZURL=%2FOgun%2BSamast%2Fnews&URL=http%3A%2

Immerhin hatte Regierungschef Erdogan schon 2007 eine Untersuchungskommission zur juristischen Aufarbeitung der Hintergründe im Verfahren gegen Ogün Samast und seine Mittäter eingesetzt, nachdem ihn Rakel Dink, die Witwe des Ermordeten, im April 2007 geschrieben hatte. Die am 12. November 2008 im Fernsehsender NTV bekannt gegebenen Ergebnisse der Untersuchungskommission besagen, dass sowohl die Gendarmerie, als auch die Polizei, die jeweils über die Planung des Mordes an Hrant Dink genau im Bilde waren, nichts unternahmen, um die Tat zu verhindern. Erneut mag der AKP-Regierung die Mordtat zu passe kommen, besitzt sie doch ihren eigenen Konflikt mit den Ultras. Wobei das Lager der Nationalisten keineswegs nur aus obskuren Extremisten besteht, sondern breite Segmente des politischen Mainstream, die Armeeführung und andere Schlüsselpositionen einschließt. Der Konflikt der AKP mit den Ultranationalisten wurde in der 2008 eingeleiteten Strafverfolgung von Angehörigen der extremistischen Untergrundorganisation *Ergenekon* sichtbar, auf deren Hitliste auch Angehörige der AKP gestanden haben sollen. Wiederum konnte also die AKP-Regierung ein Gleichheitszeichen zwischen der Ermordung Hrant Dinks und ihrer eigenen Gefährdung setzen und mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission zugleich den Verdacht der Untätigkeit zurückweisen.

Aber die Beziehungen zwischen den regierenden Islamisten und der kemalistischen Opposition im Parlament bzw. der kemalistischen Führungselite im Nationalen Sicherheitsrat sind kompliziert und bleiben weitgehend undurchsichtig. Vermutlich gestalten sie sich seit dem Verbotsantrag gegen die AKP längst nicht so bipolar und zugespitzt, wie auf den ersten Blick zu vermuten ist. Moschee und Kaserne, so dachte man lange Zeit in Europa, bilden in der Türkei Interessengegensätze, in denen fälschlich Reformpotenzial vermutet wurde. Vieles deutet aber darauf hin, dass sich der Regierungschef mit den Generälen arrangiert und damit zunächst ein Verbot seiner AKP abgewendet hat. Das besitzt seinen Preis. Zwischen Moschee und Kaserne habe es in der Türkei schon immer Zweckbündnisse gegeben, meint der türkische Politologe und Erdogan-Kritiker Cengiz Aktar.[7] Nicht nur der allgemeine Reformstau, sondern auch die erneut verhärtete Kurdenpolitik deuten auf einen solchen Schulterschluss hin. Erdogan war 2002 angetreten, um den Dauerkonflikt zwischen den beiden größten Nationen der Türkei – zwischen Türken und Kurden – dauerhaft zu lösen. Als erster hatte er damals den Konflikt offen beim Namen genannt und sich damit Brüssels Anerkennung als Versöhner und Reformer gesichert. Inzwischen ist Erdogans Rhetorik allerdings reaktionär geworden – Erdogan selbst bezeichnet seine Wandlung als Restauration. „Er spricht neuerdings nicht mehr von ‚kulturellen Rechten' für Minderheiten und erst recht nicht mehr von Menschenrechtsverletzungen, wenn die türkische Polizei wieder einmal hingelangt hat. Er spricht inzwischen die Sprache der Generäle und die der Nationalisten. Die Türkei, so ereiferte sich Erdogan unlängst in einer Rede vor kurdischen Zuhörern, das sei ‚eine Nation, eine Flagge, ein Staat'."[8] Und er setzte hinzu: „Wem das nicht passt, der kann gehen!"

---

F%2Fwww.bianet.org%2Fenglish%2Fkategori%2Fenglish%2F111210%2Fprosecutor-investigates-colonel-oz-and-five-gendarme-officials-for-dinks-murder%3Ffrom%3Drss

[7] Zitiert nach Steinvorth, Daniel: Türkei: Moschee und Kaserne. „Spiegel", Nr. 50, 8.12.2008, S. 143
[8] Zitiert nach Steinvorth, a.a.O., S. 142

Bevor es also mit den Reformen in der Türkei so richtig losgehen konnte, wurde schon der Rückwärtsgang eingelegt. In der Retrospektive muss man jenen zustimmen, die der AKP vorwerfen, dass es politische Reformen nur im kurzen Zeitraum zwischen 2002 und 2004 gegeben habe – gerade so lange, bis die EU der Türkei den Status einer Beitrittskandidatin verlieh. Fachleute und Menschenrechtsorganisationen konstatieren das Reformversagen der Türkei auf ganzer Linie, sei es nun im Bereich der Presse- und Medienfreiheit, der Rolle der Frau, der Rechte der Kurden und ethnischer bzw. religiöser Minderheiten, der Unabhängigkeit der Justiz oder der Abschaffung solcher notorischer Gesinnungsparagraphen wie den Artikel 301, der in der Amtszeit Erdogans in höchst ungenügender Weise „novelliert" wurde. Diese in vielfacher Weise stückwerkhafte Novelle ist typisch für die Gesamtsituation, für die Halbherzigkeit der so genannten Reformen und die symbolische bzw. kosmetische Politik, die schon lange an die Stelle echter Veränderungen getreten ist.

Um Etikettenschwindel handelt es sich auch bei dem 2008 verabschiedeten Gesetz, das Übertragungen des Staatsfernsehens in Kurdisch, Arabisch, Farsi und neuerdings sogar in armenischer Sprache ermöglicht[9], allerdings nur als In- und Auslandsprogaganda unter der Kontrolle der Regierung und nicht als ehrliches Angebot für unabhängige kurdische Medien. Die kurdischsprachigen Sendungen müssen zudem türkische Untertitel tragen.[10] Inzwischen sendet der kurdischsprachige staatliche Fernsehkanal TRT-6 zwölf Stunden täglich. Gleichzeitig bestehen aber die gesetzlichen Restriktionen gegen eine freie Verwendung der kurdischen Sprache fort, so zum Beispiel ein Verbot der Buchstaben x, q und w.[11]

Trotzdem hat der scheidende US-Präsident Georges W. Bush gegenüber der zeitweilig besorgten EU vollmundig versichert, dass die Türkei die Kopenhagener Aufnahmekriterien erfülle. Und die EU besitzt ihre eigenen Gründe, sich von dem Menschenrechtsexperten Bush beschwichtigen zu lassen, der im Übrigen seine Aussagen im Widerspruch zu der sehr türkei-kritischen Analyse seines eigenen Außenministeriums traf.

In jene Zeit, als die Türkei bereits unter der Regierung der AKP stand, aber noch nicht in Beitrittsverhandlungen mit der EU getreten war, fällt auch die Einla-

---

[9] Kurt, Süleyman: Circassians: We want same initiatives as Kurds. "Today's Zaman", 08 January 2009. - http://www.zimbio.com/pilot?ID=EhGldO8XQ6i&ZURL=%2FOgun%2BSamast%2Fnews&URL=http%3A%2F%2Fwww.bianet.org%2Fenglish%2Fkategori%2Fenglish%2F111210%2Fprosecutor-investigates-colonel-oz-and-five-gendarme-officials-for-dinks-murder%3Ffrom%3Drss

[10] Broadcasting in Kurdish Allowed To The State, But Banned To The Kurds. – "Bianet News", 26 December 2008. - http://www.zimbio.com/pilot?ID=EhGldO8XQ6i&ZURL=%2FOgun%2BSamast%2Fnews&URL=http%3A%2F%2Fwww.bianet.org%2Fenglish%2Fkategori%2Fenglish%2F111210%2Fprosecutor-investigates-colonel-oz-and-five-gendarme-officials-for-dinks-murder%3Ffrom%3Drss

[11] Democratic Society Party Submits Bill To Remove The Obstacles Before Kurdish. "Bianet News", 2 January 2009. - http://www.zimbio.com/pilot?ID=EhGldO8XQ6i&ZURL=%2FOgun%2BSamast%2Fnews&URL=http%3A%2F%2Fwww.bianet.org%2Fenglish%2Fkategori%2Fenglish%2F111210%2Fprosecutor-investigates-colonel-oz-and-five-gendarme-officials-for-dinks-murder%3Ffrom%3Drss

dung Erdogans an die exilierten syrisch-orthodoxen Christen, in die Türkei zurückzukehren. In den 1960er bis 1980er Jahren waren Zehntausende aramäischsprachiger Christen aus dem unterentwickelten Südosten der Türkei nach Nord- und Zentraleuropa geflüchtet, zermürbt in einem aussichtslosen Dauerkonflikt zwischen der christenfeindlichen türkischen Bürokratie, kurdischen Stammesführern, der kurdischen PKK, kurdischen Dorfschützern und später auch bewaffneten Anhängern islamischer Milizen. Die türkische Einladung zur Repatriierung wurde voreilig von der Brüsseler Bürokratie unterstützt, obwohl in der Türkei keinerlei strukturelle Vorkehrungen getroffen wurden und auch keine Rahmengesetzgebung erfolgte oder Durchführungsgesetze verabschiedet wurden. Einige Hunderte Christen wagten dennoch die Rückkehr und lösten damit Spannungen mit den anrainenden, von arabischen und kurdischen Muslimen bewohnten Dörfern aus. "Wir wussten nie", sagt der syrisch-orthodoxe Abt-Bischof Timotheos Samuel Aktaş, "ob wir den nächsten Tag noch erleben."

Der jüngste Streit brach los, als die türkische Regierung im Rahmen der EU-Anpassung 2004 beschloss, die Landkataster neu zu erstellen. Nun streiten das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel bei Midyat, das Katasteramt und drei Nachbardörfer vor Gericht. Das Amt hat dem Kloster bereits Land aberkannt, die Dörfer wollen noch mehr. Der Streit um Landtitel und Weiderechte eskalierte im Sommer vorigen Jahres, als drei kurdische Dorfbürgermeister Anzeige gegen Bischof Aktaş und das Kloster Mor Gabriel erstatteten und dabei offenkundig Formulierungs- und Argumentationshilfe von türkischen Nationalisten erhielten. In seinem Brief an den Staatsanwalt schreibt das kurdische Dorf Eglence (zu deutsch "Spaß"): "Ihr seid doch Enkelkinder des Sultans Mehmet, der gesagt hat: ‚Wer im Wald auch nur einen Ast abschneidet, dem trenne ich den Kopf ab? Wir wollen ja gar nicht, dass ihr dem Bischof den Kopf abtrennt, ihr sollt nur seiner Plünderung Einhalt gebieten."

Mor Gabriel, das jedes Jahr von etwa 30.000 syrisch-orthodoxen Pilgern aus der Diaspora besucht wird, bildet eines von nur noch vier Klöstern im Tur Abdin-Gebiet, einer einst dicht mit aramäischen Klöstern besiedelten Gebirgsregion. Über alle Zeitläufte und Widrigkeiten hinweg ist es dem Wehrkloster gelungen, Quelle der aramäischen bzw. syrisch-orthodoxen Spiritualität zu bleiben. Das Kloster wird heute von 72 Menschen dauerhaft bewohnt, darunter 30 Klosterschüler sowie 14 Nonnen und drei Mönche. Der Landstreit mit den benachbarten Muslimen wird durch ferngesteuerte Versuche verschärft, den religiösen Gegensatz hochzuspielen und die Präsenz der Christen dauerhaft zu beenden. In seiner zehn Punkte umfassenden Klageschrift behauptet das Dorf Eglence, das Kloster Mor Gabriel setze Minderjährige als Missionare ein: „Die Kirche ist aktiv bei der Ausführung von missionarischen Tätigkeiten mittels Kindern zwischen zehn und zwölf Jahren (damit sind offenbar die Klosterschüler gemeint), deren Herkunft unbekannt ist.“ Auch wird dem Kloster vorgeworfen, den Grundsatz der „Bildungseinheit“ in der Türkei zu verletzen. Damit wird offenbar darauf angespielt, dass die Klosterschüler privat im Aramäischen unterrichtet werden, was der Gouverneur von Mardin bereits hatte 1997 verbieten hat. Aramäisch konnte seither nur privat gelehrt werden, was aber bis 2008 stillschweigend geduldet wurde. Die jetzt verschärfte Vorgehensweise gegen den Aramäischunterricht ist ein weiterer Beleg für die Renaissance des türkischen Nationalismus. Die von den türkisch-nationalistischen Unterstützern der kurdischen Kläger aufgebaute Prozessstrategie lastet denn auch dem Kloster weiterhin an, die nationale Einheit zu spalten. Begriffe wie „Spaltung der nationalen Einheit“ tauchen in der Rhetorik türkischer Nationalisten regelmäßig auf, wenn es darum geht, Ängste vor christlicher Mission und den winzigen christlichen Gemeinschaften heraufzubeschwören, die es noch in der Türkei gibt. Auch bilde das Kloster ein

in der Türkei gibt. Auch bilde das Kloster ein „historisches Museum“, heißt es in der Klageschrift aus Eglence weiter, und dürfe darum nicht für Gottesdienste missbraucht werden. In dieselbe Richtung zielt der haltlose Vorwurf, die Klosterführung habe einige Teile dieses Museums abgerissen, inklusive einer dort angeblich bestehenden Moschee sowie der Kirche der Theodora aus dem 6. Jh. Letztere ist in Wahrheit auf Kosten des Klosters buchstäblich wieder ausgegraben und restauriert worden.

Die jüngsten Gerichtstermine am 19., 24. und 31. Dezember wurden mutwillig so festgesetzt, dass sie mitten in die christliche Advents- und Weihnachtszeit fielen, ganz offensichtlich auch im Hinblick darauf, wie die Präsenz ausländischer Prozessbeobachter zu verhindern oder zumindest zu verringern sei.

Alle Beobachter der Prozesse um Mor Gabriel sind sich darüber einig, dass es um weit mehr als bloße Landstreitigkeiten geht. Nach Meinung des Vorsitzenden der Gemeindestiftung Mor Gabriel, Ergün, gibt es Kräfte, die das Kloster schließen möchten, die die Region christenfrei machen wollen und die gegen die Aramäer Neid und Hass empfinden. Diese Kräfte wollen keine christlichen Rückkehrer im Tur Abdin dulden. Sie wollen sich nicht mit den Aramäern herumstreiten und wollen auch nichts mehr abgeben müssen. Ergün und andere Aramäer inner- und außerhalb der Region haben das Vertrauen in die Türkei als Rechtsstaat längst verloren, denn Ankara nimmt die regionale Ungerechtigkeit billigend hin. Daher sieht Ergün, ähnlich wie die Anwältin Fethiye Çetin, den einzigen Ausweg beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Ob aber die große Hoffnung der Minderheiten in der Türkei auf Europa berechtigt ist, ist angesichts der starken Türkeilobby innerhalb der EU und auch der Fehler, die die EU immer wieder in ihrer Türkeipolitik macht, anzuzweifeln. Der gescheiterte Repatriierungsversuch der exilierten Syrisch-Orthodoxen verdeutlicht dies.

Zum Schluss zwei Ergänzungen: Zum Jahresanfang reiste eine Abordnung der oppositionellen Partei *Demokratische Gesellschaft* nach Midyat, mit den beiden Vorsitzenden an der Spitze der Delegation. Sie trafen dort nicht nur den Abtbischof Timoetheos Samuel Aktas, sondern auch den Vorsitzenden des Syrisch-Orthodoxen Kulturvereins von Mardin. Bei diesem Treffen sprach der Mit-Vorsitzende Ahmet Türk öffentlich die erste kurdische Entschuldigung für die Verbrechen aus, die von Kurden an Armeniern und mehr noch an Aramäern und Assyrern begangen waren. Wörtlich sagte er: „Wenn wir Armenier oder Suryoye sehen, schämen wir uns!“ Türk führte aus, dass Mesopotamien der geographische Mittelpunkt vieler Zivilisationen gewesen sei und setzte seine Ansprache wie folgt fort: „Die Menschen leben hier mit kurdischem, armenischem oder jesidischem Glauben, mit unterschiedlicher Rasse, und bilden gemeinsam eine große Zivilisation. Solange wir die Unterschiede schützen können, sind wir Menschen. Gewiss ist, dass unsere armenischen und Suryoye-Brüder eine Zeit voller Schmerz erlebt haben. Unsere kurdischen Brüder müssen Heute dasselbe erleben. Ohne zu vergessen, dass in der Vergangenheit die Kurden gegen Andere benutzt worden sind, sollten wir die Geschichte gut recherchieren und aus ihr lernen. Vielleicht waren auch wir Kurden mitverantwortlich für die Vernichtung dieses Erbes. Wenn wir heute einen unserer armenischen oder Suryoye-Brüder sehen, sind wir beschämt. Auch das wollte ich offen sagen“.

Die solidarische Geste Türks folgt dem Vorbild einer Anfang Dezember 2008 gestarteten Unterschriftensammlung, die bisher von über 24.000 Personen unterstützt wurde. Obwohl der kurze Text unter der Überschrift „Ich entschuldige

mich!“ das Wort Genozid meidet und stattdessen die Umschreibung „große Katastrophe“ verwendet, haben Nationalisten mehrfach gegen die Initiatoren Anzeige wegen „Beleidigung der türkischen Nation“ erstattet. Gegenwärtig ermittelt die Staatsanwaltschaft in Ankara.

Bereits im Dezember 2008 hatte Richter Hakkı Yalçınkaya vom Zweiten Strafgericht in Istanbul-Şişli Strafantrag gegen die Initiatoren der Unterschriftensammlung erstattet und ein Verfahren nach §301 sowie die Schließung der Webseite der Kampagne gefordert. Dieser Richter steht in enger Beziehung zu dem notorisch ultranationalistischen Anwalt Kemal Kerinçsiz, der jetzt selbst ein Verdächtiger im Ergenekon-Strafprozess ist. Auch gegen Richter Yalçınkaya laufen Ermittlungen des Justizministeriums, weil er Kerinçsiz telefonisch gefragt hatte, ob er „irgendetwas tun“ könne. Ein angeblich unabhängiger Richter holt sich also Handlungsanweisungen bei einem notorischen Hetzer. Und hier schließt sich wieder der Kreis zur Familie Dink.

Yalçınkaya war nämlich auch in das Strafverfahren gegen den Geschäftsführer und Chefredakteur der armenisch-türkischen Zeitung “Akos”, Sargis Seropyan und Aris Nalcı, verwickelt, die wegen „Beeinflussung der Justiz“ angeklagt waren. Zuvor gehörte Yalçınkaya jener Richtergruppe an, die den ehemaligen „Akos“-Herausgeber Arat Dink und Seropyan auf Bewährung nach §301 verurteilt hatte.

Es passt in das Bild dieser Widersprüche, Paradoxien und Halbherzigkeiten, dass das türkische Staatsoberhaupt jetzt gegen den Canan Aritman, einen Abgeordneten der oppositionellen CHP, klagt, der ihn der armenischen Abstammung bezichtigte, weil Gül unter Berufung auf die Meinungsfreiheit eine strafrechtliche Verfolgung der Initiatoren der Entschuldigungskampagne abgelehnt hatte. Armenischer Abstammung zu sein ist anscheinend das Ehrenrührigste, was einem türkischen Bürger geschehen kann. Regierungschef Erdogan dagegen hatte es von Anfang an abgelehnt, sich zu entschuldigen; oftmals wiederholte er: „Es gibt in unserer Geschichte nichts, dessen wir uns schämen müssten.“ Gül vertrat noch vor vier Jahren dieselbe Position. Kurz nach dem impliziten Anerkennungsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 16. Juni 2005, äußerte Gül, damals als türkischer Außenminister, folgende Version der Genozidleugnung: „Die Armenier waren die loyalsten Bürger des Osmanischen Reiches. Die Russen haben die Armenier im Osten gegen das Reich aufgewiegelt. Im Rahmen des Terrors armenischer Banden gab es einen Anschlag auf den Sultan. Danach kam man zu dem Ergebnis, dass man die armenische Bevölkerung in sichere Gebiete umsiedeln musste. Man hat diese Umsiedlung aber nicht zwangsweise angesetzt, sondern sie geschah auf freiwilliger Basis. Die Reisekosten der Menschen wurden gedeckt. Wenn es irgendwelche Misshandlungen gab, wurden die Täter sofort bestraft.“[12]

Wir wollen das einmal ins Deutsche übersetzen. Dazu stellen wir uns vor, unser jetziger Präsident Horst Köhler habe vor seinem Amtsantritt öffentlich behauptet, die Deportationen der jüdischen Bevölkerung Europas durch das nationalsozialistische Deutschland seien freiwillig erfolgt und ein Akt der humanitären Evakuierung gewesen. Wir stellen uns ferner vor, dass ein solcher Genozidleugner dennoch Staatsoberhaupt werden kann und in diesem Amt einige Jahre später den Standpunkt vertritt, ein jeder habe aufgrund der Meinungsfreiheit das Recht, sich zu entschuldigen.

[12] Zitiert nach „Rheinischer Merkur“, Nr. 25, 23.06.2005

Und wir stellen uns vor, dass Horst Köhler von einem Bundestagsabgeordneten der größten Oppositionspartei bezichtigt wird, eine solche Aussage nur gemacht zu haben, weil seine Mutter jüdischer Abstammung sei. Worauf Horst Köhler den Kritiker wegen Beleidigung anzeigt.

Unvorstellbar? All diese Vorgänge widerspiegeln die Situation in der gegenwärtigen Türkei, einer Beitrittskandidatin der Europäischen Union und bereits seit 1949 Mitgliedsstaat des Europarates.